

Traktandum 4 / Einführung des Öffentlichkeitsprinzips der Verwaltung im Kanton Luzern; Entwurf Änderung des Organisationsgesetzes und weiterer Erlasse / Justiz- und Sicherheitsdepartement

1.	<p>Antragsteller/in Rahel Estermann</p> <p><u>Antrag:</u></p> <p>Rückweisung der Botschaft</p> <p>Die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips in der nun vorliegenden Form ist ungenügend. Die zahlreichen Ausnahmen, Gebühren, Hürden und Einschränkungen verunmöglichen die Einführung eines Öffentlichkeitsprinzips, dass diesem Anspruch gerecht wird. Der vorliegende Gesetzesentwurf kann unserem Anspruch an eine transparente und vertrauensbildende öffentliche Verwaltung nicht gerecht werden. Der Kanton Luzern bleibt weiter Schlusslicht im Vergleich zu Bund und anderen Kantonen. Die Luzerner Behörden dürfen nicht weiter Dunkelkammer sein, sondern sollen mutig und zukunftsorientiert über ihr Handeln informieren. Damit schafft Luzern Vertrauen in seine Institutionen - in der Bevölkerung, der Wirtschaft und der weiteren Öffentlichkeit.</p> <p>Durch eine Rückweisung wird der Regierungsrat aufgefordert, die Vorlage in diesem Sinne zu überarbeiten:</p> <ul style="list-style-type: none">(1) Klar definierte Regeln, wann schutzwürdige Interesse eine Veröffentlichung entgegenstehen(2) kein Ausschluss ganzer Dokumenten-Kategorien(3) Einführung eines Schlichtungsverfahrens(4) Kostenlosigkeit von anfechtbaren Verfügungen sowie von Einsichtsgesuchen ohne übermässigen Aufwand sicherstellen.
----	---

2.	<p>Antragsteller/in Mario Cozzio / Rahel Estermann</p> <p>Paragraf 68a Abs. 2 OG</p> <p><u>Antrag:</u></p> <p>Ein überwiegendes öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn der Zugang zu amtlichen Informationen</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die innere oder äussere Sicherheit des Kantons Luzern gefährden kann, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden kann b. die freie Meinungs- und Willensbildung der Verwaltungsorgane <u>einer diesem Gesetz unterstellten Behörde</u> wesentlich beeinträchtigen kann, c. <u>die zielkonforme Durchführung konkreter behördlicher Massnahmen beeinträchtigen würde, die Ausführung oder die Wirkung von Massnahmen</u> gefährden kann, d. <u>die inner- oder ausserkantonalen, nationalen oder internationalen behördlichen Beziehungen des Kantons Luzern beeinträchtigen würden, die Beziehungen mit den Behörden inner- und ausserhalb des Kantons beeinträchtigen kann.</u> e. <u>die wirtschafts-, geld- und währungspolitischen Interessen des Kantons Luzern oder der Schweiz gefährden würden.</u> <p>[Begründung: Abschliessende Auflistung und Angleichung an das Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz, BGÖ), Art. 7 Abs. 1. BGÖ]</p>
3.	<p>Antragsteller/in Mario Cozzio / Rahel Estermann</p> <p>Paragraf 68a Abs. 3 OG</p> <p><u>Antrag:</u></p> <p>Ein schützenswertes privates Interesse liegt insbesondere vor, wenn die Privatsphäre <u>beeinträchtigt werden kann oder</u> und Berufs-, Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnisse <u>offenbart werden können</u> zu wahren sind.</p> <p>[Begründung: Abschliessende Auflistung und Angleichung an das Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz, BGÖ), Art. 7 Abs. 1. BGÖ]</p>
4.	<p>Antragsteller/in Maria Pilotto</p> <p>Paragraf 68b Abs. 3 OG</p> <p><u>Antrag:</u></p> <p>Der Zugang zu Unterlagen, welche die Verwaltungsorgane dem Staatsarchiv abgeliefert haben, richtet sich ausschliesslich nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Archivwesen (Archivgesetz) vom 16. Juni 2003.</p>

5.	Antragsteller/in Paragraf <u>Antrag:</u> Amtliche Informationen sind erst zugänglich, wenn der Entscheid oder der Beschluss, für den sie die Grundlage bilden, getroffen ist. Zu Protokollen über den Verlauf nichtöffentlicher Sitzungen besteht kein Zugang.	Rahel Estermann 68c Abs. 2 OG
6.	Antragsteller/in Paragraf <u>Antrag:</u> <u>Gesuche sind grundsätzlich kostenlos.</u> Für erheblichen Aufwand <u>von mindestens 8 Stunden</u> können Gebühren erhoben werden. Das zuständige Verwaltungsorgan weist den Gesuchsteller oder die Gesuchstellerin vorgängig auf die Gebührenpflicht hin.	Rahel Estermann 68e Abs. 4 OG
7.	Antragsteller/in Paragraf <u>Antrag:</u> <u>Gesuche sind grundsätzlich kostenlos.</u> Für erheblichen Aufwand <u>von mindestens 4 Stunden</u> können Gebühren erhoben werden. Das zuständige Verwaltungsorgan weist den Gesuchsteller oder die Gesuchstellerin vorgängig auf die Gebührenpflicht hin.	Anja Meier 68e Abs. 4 OG
8.	Antragsteller/in Paragraf <u>Antrag:</u> Zieht das Organ die Abweisung des Gesuchs in Betracht, teilt es dies der gesuchstellenden Person <u>unter kurzer Angabe des Abweisungsgrundes</u> kostenlos mit. Die gesuchstellende Person kann innert zehn Tagen seit Zustellung der Mitteilung einen beschwerdefähigen Entscheid verlangen.	Mario Cozzio 68f Abs. 3 OG
9.	Antragsteller/in Paragraf	Rahel Estermann / Maria Pilotto 68f Abs. 3 und 3 ^{bis} OG

	<p><u>Antrag:</u></p> <p>³ Zieht das Organ die Abweisung des Gesuchs in Betracht, teilt es dies der gesuchstellenden Person kostenlos mit. <u>Die gesuchstellende Person kann innert 10 Tagen seit Zustellung der Mitteilung bei der vom Regierungsrat definierten Stelle einen Schlichtungsantrag stellen. Die zuständige Stelle versucht innert 30 Tagen nach Eingang des Schlichtungsantrages zwischen der gesuchstellenden Person und dem betroffenen Organ zu schlichten. Das Schlichtungsverfahren ist kostenlos. Die gesuchstellende Person kann innert zehn Tagen seit Zustellung der Mitteilung einen beschwerdefähigen Entscheid verlangen.</u></p> <p>^{3bis} (neu) <u>Kommt keine Schlichtung zustande, kann die gesuchstellende Person innert 10 Tagen nach erfolglosem Schlichtungsversuch beim Verwaltungsorgan nach Abs. 3 einen beschwerdefähigen Entscheid verlangen.</u></p>	
10.	Antragsteller/in Paragraf	Rahel Estermann 68f Abs. 5 OG
	<p><u>Antrag:</u></p> <p>Im Übrigen richtet sich das Verfahren, unter Einschluss der Kosten, nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege. <u>Das Erstellen einer anfechtbaren Verfügung erfolgt kostenlos.</u> Das Organ entscheidet in einem raschen Verfahren.</p>	
11.	Antragsteller/in Paragraf	Mario Cozzio / Rahel Estermann / Maria Pilotto 70a Abs. 1 OG
	<p><u>Antrag:</u></p> <p>Die Bestimmungen des Teils 5a über den Zugang zu amtlichen Informationen gemäss Öffentlichkeitsprinzip gemäss der Änderung vom [Datum] werden auf <u>die sämtliche amtlichen Informationen angewendet, auch jene, die vor Inkrafttreten dieser Änderung angelegt wurden.</u> welche ab Inkrafttreten dieser Änderung angelegt werden.</p>	
12.	Antragsteller/in Paragraf	Rahel Estermann 15 Abs. 1 Archivgesetz
	<p><u>Antrag:</u></p> <p>Das Staatsarchiv <u>gewährt</u> kann Dritten vor Ablauf der Schutzfristen Einsicht in das Archivgut gewähren, wenn keine überwiegenden schutzwürdigen öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen oder wenn die betroffene Person in die Einsichtnahme einwilligt.</p>	
13.	Antragsteller/in Paragraf	Rahel Estermann / Maria Pilotto 15 Abs. 2 und 3 Archivgesetz

	<p><u>Antrag:</u></p> <p>Abs. 2 Das Gesuch um Einsichtnahme ist schriftlich und begründet beim Staatsarchiv einzureichen. Wer Zugang zu amtlichem Archivgut beansprucht, stellt ein Gesuch, das den Gegenstand hinreichend genau bezeichnet und sich auf eine bestimmbare Aufgabe bezieht. Eine Begründung ist nicht erforderlich.</p> <p>Abs. 3 Das Staatsarchiv holt den Mitbericht der Stelle ein, welche die Unterlagen abgeliefert hat. Sind besonders schützenswerte Personendaten betroffen, zieht es den Datenschutzbeauftragten oder die Datenschutzbeauftragte bei. <u>Sind Interessen von Dritten betroffen, gibt das Staatsarchiv betroffenen Dritten Gelegenheit zur Stellungnahme innert angemessener Frist.</u></p>
14.	<p>Antragsteller/in Rahel Estermann</p> <p><u>Antrag:</u></p> <p>Ablehnung der Botschaft</p>